Stadt Liestal
Einwohnerrat

Protokoll der 10. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. Juni 2005, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Jacqueline Hauser Lüthi, Luzia Kilchmann, Danielle Schwab
Stadtrat: Ruedi Riesen

Traktanden

1.	Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2005/2006 *://: Gewählt gemäss Vorlage.*	2005/57
2.	Legislaturziele 2005-2008 des Stadtrates *://: Vertagt.*	2005/35
3.	Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission zur Rechnung 2004 *://: Genehmigt.*	2005/50 2005/50a
4.	Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 2004 des Stadtrates *://: Genehmigt.*	2005/47a
5.	Bericht des Stadtrates betreffend Hubrettungsfahrzeug für Stützpunktfeuerwehr Liestal *://: Bruttokredit genehmigt.*	2005/39-1
6.	Bericht des Stadtrates betreffend Stützpunktfeuerwehr Liestal – Gebühren- und Besoldungsreglement: Teilrevision *://: Teilrevision genehmigt.*	2005/40-1
7.	Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Orla Oeri-Devereux betreffend Migranten- und Migrantinnenparlament *://: Zur Kenntnis genommen.*	2004/7a
8.	Bericht des Stadtrates betreffend Waldbaulinienplan „Im langen Hag"; Mutation Spitzacker *://: In 1. Lesung zugestimmt.*	2005/55
9.	Bericht der Geschäftsprüfungskommission über die Prüfung der Lagerung und Bewirtschaftung der Abfallvignetten in der Stadt Liestal *Vertagt.*	2005/56
10.	Antwort des Stadtrates auf die Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Änderung bei der Darstellung des Jahresprogramms *Vertagt.*	2005/37

11.	Antwort des Stadtrates auf das Postulat von Stefan Saladin, SVP Liestal, betreffend Erhalt von Hallen und Anlagen *Vertagt.*	2005/42
12.	Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Regina Vogt namens der FDP-Fraktion betreffend Telekommunikation Stadt Liestal *Vertagt.*	2005/43
13.	Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Parkieren in der Altstadt *Vertagt.*	2005/44
14.	Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Kehrichtabfuhr in der Altstadt *Vertagt.*	2005/45
15.	Antwort des Stadtrates auf die Motion von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Ergänzung im Reklamereglement *Vertagt.*	2005/46
16.	Antwort des Stadtrates auf das überparteiliche Postulat „Es geht mich etwas an…“ *Vertagt.*	2005/51
17.	Antwort des Stadtrates auf das Postulat von Ernst Burkhardt, SP Liestal, und Marie-Theres Beeler, Grüne Liestal, betreffend Anknüpfung des Munzachquartiers ans Stedtli *Vertagt.*	2005/52
18.	Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Pascal Porchet namens der FDP-Fraktion betreffend Quartierpläne, Bauobjekte und Bauland der Stadt *Vertagt.*	2005/53

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Juni-Einwohnerratssitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Die Bau- und Planungskommission hat betreffend künftige Beratung der Investitionen ein Schreiben zuhanden des Einwohnerratsbüros verfasst. Das Büro wird das Thema an seiner nächsten Sitzung aufnehmen.
- Einwohnerrat Andreas Zbinden (FDP) tritt per 30. Juni 2005 von seinem Amt zurück. Er hat ein Rücktrittsschreiben eingereicht, in dem er mitteilt, dass er zum vierten Mal Vater werde. Er trete aus dem Einwohnerrat aus, um seiner Familie mehr Zeit zu widmen. Bei allen, die ihn während seiner Zeit als Einwohnerrat unterstützt hätten, bedanke er sich. Er wünsche der Stadt weiterhin so engagierte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die sich mit viel Herzblut zum Wohle des „Stedtlis“ einsetzen würden.
  Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) würdigt die Amtszeit von Andreas Zbinden. Dieser habe seine politische Karriere am 1. Juli 2000 gestartet. Mit seinem Eintritt in den Einwohnerrat habe er gleich Einsitz in die Finanzkommission genommen. In dieser Kommission sei er bis zum 30.6.2004, also dem Ende der Legislatur, geblieben. Mit Beginn der jetzigen Legislatur vom 1. Juli 2004 bis heute sei er Präsident der Fiko gewesen. Er habe dort stürmische Zeiten erlebt und hinter sich gebracht. Der Einwohnerrat danke Andreas Zbinden für seinen Einsatz im Dienste der Allgemeinheit.
- Das Büro hat an seiner letzten Sitzung Heinz Lerf (FDP) zum neuen Präsidenten der Finanzkommission gewählt. Er tritt an die Stelle von Andreas Zbinden (FDP).
- Das Büro hat an seiner letzten Sitzung die Vorlage „LiestalNet AG: Veräusserung Aktienkapital“ (Nr. 2004/20) direkt an die Finanzkommission überwiesen.
- Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Einwohnerrats-Ausflugs vom 11. Juni 2005 waren von diesem Anlass begeistert. Den Organisatoren Ernst Gebhard (Fraumättler) und Adrian Mächler (FDP) gebührt Dank.
- Nach der Sitzung findet das gemeinsame Nachtessen zum Schluss des Amtsjahres statt. Die Geschäfte müssen bis und mit Traktandum 8 erledigt werden. Die Ratsmitglieder sind gebeten, ihre Voten dem Zeitrahmen anzupassen.
- Marie-Theres Beeler (GL) gibt bekannt, dass sie das Fraktionspräsidium an Erika Eichenberger (GL) weitergebe, da sie sich auf das neue Amtsjahr um das Amt der Einwohnerrats-Vizepräsidentin bewerbe.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, der Fernsehsender Nordwest 5 habe einen Film über die Stadt Liestal produziert. Im Rathaus könne man CDs mit diesem Film bestellen.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, in der Basellandschaftlichen Zeitung stehe heute ein Bericht zum Thema Planung in Liestal. Der Architekt Werner Siegenthaler habe diese Reportage ohne Wissen der Parteileitung oder der Fraktion der FDP veröffentlicht. Das Stadtbauamt würde es begrüssen, wenn Werner Siegenthaler Kontakt mit der Stadt aufnehmen würde.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin orientiert über den Engelsaal. Das Wirteehepaar Grieder gehe einen Schritt auf die Vereine zu. Es habe für sie eine Menukarte mit speziellen Angeboten und moderaten Preisen ausgearbeitet. Wenn die Vereine selbst Personen für den Service zur Verfügung stellen würden, gäbe es ausserdem Prozente auf alle Getränke. Das Dessert- und Kuchenbuffet könnten die Vereine in Zukunft selbst mitbringen. Die Grieders seien sehr bemüht und daran interessiert, den Vereinen entgegenzukommen. Die Stadt Liestal werde ausserdem die Kosten für die Bühnenbenützung durch die Vereine von jeweils CHF 300.- übernehmen. Für Vereinsanlässe habe die Stadt im Engelsaal

ein bestimmtes Kontingent zur Verfügung. Dieses Kontingent sei für 2005 bereits zu 50 Prozent ausgelastet. Wer Interesse am Saal habe, solle sich deshalb bald melden. Die Stiftung Engelsaal sei im Übrigen formell aufgelöst worden.

- Stadtrat Lukas Ott weist auf eine Veranstaltung im Zusammenhang mit dem Manor-Projekt hin. Die Stadt Liestal führe am 15.08.2005 ein Podium über Chancen und Risiken dieses Projekts durch. Beginn sei um 19.30 Uhr.
- Stadtrat Peter Rohrbach informiert zur Rechnung 2005. Der Regierungsrat habe diese Woche mitgeteilt, dass Liestal den ungebundenen Finanzausgleich von CHF 2,25 Mio erhalte. Dies bedeute, dass die Stadt trotz der höheren Kosten im Sozialbereich im Jahr 2005 mit einer Zunahme des Eigenkapitals rechnen könne.
- Stadträtin Marion Schafroth gibt bekannt, künftig werde der Abfall im Altstadtbereich während einer Probephase bis Ende Dezember zwei Mal pro Woche entsorgt. Die Bewohner würden per Handzettel darüber informiert.

Als **Stimmenzähler** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Susanne Greiner (Seite FDP)
- Margrit Siegrist (Seite SP, Grüne, Fraumättler)
- Regina Vogt (Mitte, Büro)

Traktandenliste

Adrian Mächler (FDP) legt dar, es gehe um das Traktandum Legislaturziele 2005-2008 (Nr. 2005/35). Die FDP-Fraktion habe über dieses Geschäft diskutiert. Es stelle eine wichtige Grundlage für die Finanzplanung dar. Das Papier ausführlich durchzugehen, beanspruche relativ viel Zeit. Die FDP stelle deshalb den Antrag, das Geschäft auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben.

Ernst Burkhardt (SP) sagt, in seiner Fraktion sei über das Thema nicht gesprochen worden. Die Legislaturziele hätten eigentlich zusammen mit dem Finanzplan diskutiert werden sollen. Er sehe nicht ein, weshalb man jetzt diesen Aufwand betreiben wolle. Das Papier sei ein Planungsinstrument des Stadtrates. Er beantrage, darüber heute zu diskutieren.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) äussert, seine Fraktion sei zur Auffassung gekommen, dass ein Verschieben auf eine andere Sitzung sinnvoll wäre.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) teilt mit, der Antrag der FDP-Fraktion laute: *Das Geschäft „Legislaturziele 2005-2008“, Nr. 2005/35, soll auf eine der nächsten Einwohnerrats-Sitzungen verschoben werden.* Wer dem zustimme, solle dies bitte zeigen.

://: Der Antrag auf Verschiebung des Traktandums Nr. 2 auf eine der nächsten Einwohnerratssitzungen wird mehrheitlich angenommen.

Neue persönliche Vorstösse

Es liegen keine neuen persönlichen Vorstösse vor.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 25. Mai 2005

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

74 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2005/2006 (Nr. 2005/57)

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) teilt mit, zuerst werde das Präsidium gewählt. Diese Wahl erfolge geheim.

Adrian Mächler (FDP) schlägt im Namen seiner Fraktion Hans Brodbeck als Ratspräsidenten vor, der im vergangenen Jahr das Amt des Vizepräsidenten innehatte. Hans Brodbeck sei in Liestal aufgewachsen, verheiratet mit Therese Spinnler und habe zwei erwachsene Kinder. Der gelernte Feinmechaniker habe je zwei Jahre in Westafrika und der Westschweiz gearbeitet. Danach sei er bei der Oris in der Produkteentwicklung tätig gewesen, bis er im Jahr 2001 mit der beruflichen Tätigkeit aufgehört habe. Seit 1996 sei Hans Brodbeck Mitglied des Einwohnerrates. Er sei Präsident der GPK und der BPK gewesen. Er behalte immer einen klaren Kopf, auch in turbulenten Situationen. Er kenne den Rat gut und werde ihn gut nach aussen repräsentieren. Hans Brodbeck sei ein differenzierter Mensch, der zuhöre, auf Argumente eingehe, die sachliche und persönliche Ebene trenne und die Leistungen der anderen würdige. Er freue sich auf das Präsidium und darauf, diese Verantwortung zu tragen. Die FDP-Fraktion sei überzeugt, dass der Einwohnerrat mit ihm einen guten Präsidenten bekäme.

Weiter Vorschläge werden nicht gemacht.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

Zahl der anwesenden Einwohnerrätinnen/-räte:	36
Eingelegte Wahlzettel:	36
Leer und ungültig:	02
Gültige Wahlzettel:	34
Absolutes Mehr:	18

://: Es ist gewählt: **Hans Brodbeck** mit 34 Stimmen.

Hans Brodbeck (FDP) dankt für die Wahl zum neuen Präsidenten und erklärt die Annahme der Wahl. Stadträtin Regula Gysin überreicht ihm im Namen der Stadt Liestal einen Blumenstrauss und wünscht ihm viel Glück. Walter Gudenrath (SP) als abtretender Ratspräsident gratuliert dem neuen Präsidenten herzlich namens des Einwohnerrates und wünscht ihm viel Erfolg.

Hans Brodbeck (FDP) erwidert, es sei sein Hauptziel, den Einwohnerrat gut zu leiten. Zum Wohl von Liestal wolle er gute Arbeit zu machen und gemeinsam mit dem Rat vorwärts kommen. Walter Gudenrath danke er für die gute Zusammenarbeit. Er wünsche sich, dass heute speditiv gearbeitet werde, damit er nicht zu viele Altlasten übernehmen müsse.

Erika Eichenberger (GL) schlägt im Namen ihrer Fraktion Marie-Theres Beeler als Vizepräsidentin vor. Marie-Theres Beeler sei eine fröhliche, fähige Persönlichkeit, die das volle Vertrauen der Fraktion geniesse. Seit fünf Jahren sei sie im Einwohnerrat und verfüge deshalb über genügend Erfahrung für das Amt der Vizepräsidentin. Sie arbeite sich rasch in Neues ein, analysiere gut und vertrete ihre Meinung engagiert. Ihr berufliches Know-how im Beratungsbereich befähige sie zusätzlich für dieses Amt. Die Grüne Fraktion bitte den Rat darum, sie als Vizepräsidentin zu wählen.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

Zahl der anwesenden Einwohnerrätinnen/-räte:	37
Eingelegte Wahlzettel:	37
Leer und ungültig:	00
Gültige Wahlzettel:	37
Absolutes Mehr:	19

://: Es ist gewählt: **Marie-Theres Beeler** mit 37 Stimmen.

Marie-Theres Beeler (GL) dankt für die Wahl zur neuen Vizepräsidentin und erklärt die Annahme der Wahl. Sie werde ihr Bestes geben, Hans Brodbeck in seiner Arbeit zu unterstützen und stelle sich darauf ein, dass sie zu den Geschäften künftig vermehrt werde schweigen müssen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) wünscht Marie-Theres Beeler viel Spass am neuen Amt und lustvolles Arbeiten.

Stadtpräsidentin Regula Gysin gratuliert Marie-Theres Beeler herzlich im Namen des Stadtrates und wünscht ihr alles Gute.

://: Gemäss den Vorschlägen der Fraktionen werden mit zwei Stimmenthaltungen als Ratsbüromitglieder gewählt:

Hans Brodbeck	(FDP)	als Präsident
Marie-Theres Beeler	(GL)	als Vize-Präsidentin
Elisabeth Augstburger	(SVP/CVP/EVP)	
Susanne Greiner	(SP)	
Adrian Mächler	(FDP)	
Claudia Roche	(SP)	
Margrit Siegrist	(SVP/CVP/EVP)	

Ersatzmitglieder:

Astrid Basler	(GL)
Orla Oeri-Devereux	(SP)
Hans-Rudolf Schafroth	(SVP/CVP/EVP)
Regina Vogt	(FDP)

Pascal Porchet (FDP) fügt hinzu, an der letzten Einwohnerratssitzung vom 25. Mai 2005 sei Roman Zeller in den Kindergarten- und Primarschulrat gewählt worden, ohne dass man Näheres über die Person erfahren habe. Dies sei damals speziell bemerkt worden. Claudia Roche habe man nun aber auch nicht vorgestellt.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erläutert, Claudia Roche ersetze ihn im Ratsbüro.

75 F.3.7.4. Rechnungsführung: Rechnungen, Nachtragskredite

3. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission (Fiko) zur Rechnung 2004 (Nr. 2005/50, 2005/50a)

Der Stadtrat hält zur Rechnung 2004 zusammenfassend fest:

Dank dem haushälterischen Umgang mit den vorhandenen Mitteln kommen der ungebundene Finanzausgleich (2 Mio. CHF) und die Buchgewinne (0.7 Mio. CHF) vollumfänglich dem Schuldenabbau zugute. Hinzu kommt die vollständige Abschreibung des Bilanzfehlbetrages (1.9 Mio CHF) der Laufenden Rechnung. Die Gesamtrechnung 2004 der Stadt Liestal schliesst bei einem Ertrag von 58.7 Mio. CHF und gleich grossem Aufwand ausgeglichen ab.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

Der Einwohnerrat genehmigt die Rechnung 2004 der Stadt Liestal, bestehend aus:

Einwohnerkasse:	laufende Rechnung, Investitionsrechnung
Spezialfinanzierungen:	laufende Rechnungen, Investitionsrechnungen
Kantonale Schulanlagen:	laufende Rechnung
Finanzvermögen:	laufende Rechnungen, Investitionsrechnungen
Stadt Liestal:	Bestandesrechnung

Die Finanzkommission (Fiko) hält zur Rechnung 2004 zusammenfassend fest:

- Dank ausserordentlicher Faktoren schliesst die laufende Rechnung für das Jahr 2004 positiv ab. Ohne Sondervergütungen fehlen für eine nachhaltig ausgeglichene Rechnung rund CHF 600’000. Bei diesen Prognosen muss immer vor Augen gehalten werden, dass sich die Kosten wie auch die Einnahmen ständig verändern. Vor allem in gewissen Kostenbereichen, wie z.B. Sozialhilfe, unterliegen die Kostenschätzungen erheblichen Schwankungen.

- Im Berichtsjahr 2004 konnten gesamthaft verzinsliche Schulden in der Höhe von CHF 3.65 Mio. zurückbezahlt werden. Der Schuldenabbau der Einwohnerkasse betrug per Ende 2004 CHF 1.47 Mio. Eine weitere Reduktion um CHF 3.0 Mio. wird Ende Juni 2005 erfolgen. Betrachtet man diesen Schuldenabbau von rund CHF 4.5 Mio. von der Seite der Schuldverzinsung her und geht von einem durchschnittlichen Zinssatz (Basis 2004) von 3.9 % aus, so entspricht der Schuldenabbau einer jährlichen Zinsenlast von CHF 175'500.-.

- Bei den Investitionen muss darauf geachtet werden, dass aufgrund zu knapper Investitionen nicht ein zukünftiger Investitionsnachholbedarf entsteht, was wiederum zu einer Neuverschuldung unserer Stadt führen würde. Zudem möchte die Fiko explizit erwähnen, dass bei den aufgeführten Investitionsprojekten über 20 Projekte nicht abgerechnet sind, obwohl im Berichtsjahr 2004 keine weiteren Investitionen getätigt wurden.

Der Antrag der Fiko lautet:

Die Fiko schliesst sich einstimmig den Anträgen des Stadtrates an.

Fiko-Präsident Andreas Zbinden erläutert, es sehe so aus, dass es mit den Finanzen von Liestal aufgrund des ungebundenen Finanzausgleichs aufwärts gehe. Die Rechnung sei immer unter drei Gesichtspunkten zu betrachten: 1. Sie habe korrekt zu sein. 2. Sie sei zu analysieren. 3. Es müssten Schlussfolgerungen gezogen werden. Eine externe Firma sei mit der Prüfung der Rechnung beauftragt worden und sei zu folgender Erkenntnis gekommen: Die Rechnung 2004 der Stadt Liestal entspreche der Gesetzgebung und werde zur Genehmigung empfohlen. Die Rechnung 04 schliesse ausgeglichen ab. Dies sei nur dank ausserordentlicher Umstände möglich. Die Einwohnerkasse weise grundsätzlich ein negatives Ergebnis auf. Durch diverse Einnahmen habe sich trotzdem ein Überschuss ergeben. Am wichtigsten sei dabei der ungebundene Finanzausgleich. Mit dem Überschuss habe man unter anderem den Bilanzfehlbetrag abgeschrieben. In der Bestandesrechnung würden unter anderem die hohen Steuerausstände auffallen. Ausserdem seien Schulden abgebaut worden. Dies mache einiges bei der Laufenden Rechnung aus, da die Stadt weniger Zinsen zahle.
Zur Investitionsrechnung: 2004 seien CHF 1.67 Mio. investiert worden. Für die Werterhaltung des Verwaltungsvermögens wären aber Investitionen in der Höhe von CHF 2.5 Mio. nötig gewesen. Die Differenz solle man für den Schuldenabbau verwenden. Bei den Spezialfinanzierungen sei vor allem die Abwasserkasse zu erwähnen. Sie schliesse mit einem Gewinn von rund CHF 1.1 Mio. aufgrund von Rückvergütungen ab. Es handle sich auch hier um ausserordentliche Einnahmen. Es sei richtig, dass der Stadtrat eine Senkung der Abwassergebühren prüfe.
Zur Detailberatung der Fiko: Sie habe sich rund 45 Fragen von der Verwaltung und dem Stadtrat beantworten lassen. Sie danke für die geleistete Arbeit und die offene Kommunikation. Die flüssigen Mittel sollten verwendet werden, um Fremdkapital abzuzahlen. Wichtig sei auch die Debitorenbewirtschaftung. Die Steuerguthaben seien zu hoch; sie sollten nicht mehr als CHF 5 Mio. betragen. Als beängstigend habe die Fiko empfunden, dass die Stadt so hohe Rückstellungen für mutmassliche Debitorenverluste gemacht habe. Die Steuergelder würden durch den Kanton eingezogen. Dieses Thema müsse man eventuell nochmals überdenken. Betreffend Wohnheim für Asylbewerber (WAL) sei es in der Fiko zu einigen Diskussionen gekommen. Die Stadt trage hier ein unternehmerisches Risiko. Sie müsse günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Die Buchführung über den Betrieb des WAL weise Mängel auf. Sie werde ausserhalb der Stadtverwaltung durch das Personal des WAL geführt. Die Revisionsstelle empfehle, die Buchhaltung des WAL in diejenige der Stadt zu integrieren. Die Fiko schliesse sich dieser Meinung an.
Das interne Kontrollsystem verhindere Fehler, die aufgrund von Betriebsabläufen geschehen würden, beispielsweise, dass die Mehrwertsteuer über Jahre nicht zurückgefordert werde. Dieses interne Kontrollsystem sei unbedingt zu verbessern. Die Fiko teile die Meinung des Stadtrates, dass die Beteiligung der Stadt an der Sport- und Volksbad Gitterli AG über die nächsten 15 Jahre abzuschreiben sei. Ein erneuter Beitrag von der Stadt Liestal sei nicht vorgesehen. Die Leitung der Aktiengesellschaft sei dafür verantwortlich, dass sie auch ohne das Gemeinwesen genügend Kapital für Sanierungen aufbringe. Festgestellt habe die Fiko auch, dass die Verwaltung gewisse Dinge bereits im Jahr 2003 habe ändern wollen, dies teilweise aber noch nicht geschehen sei. Die Fiko teile die Ansicht des Stadtrates, dass zu einer ausgeglichenen Rechnung eigentlich noch immer fast CHF 600'000.- fehlen würden. Sie freue sich aber über die ausserordentlichen Einnahmen und den Schuldenabbau. Sie rege den Stadtrat dazu an, eine Geldflussrechnung zu führen. Die Fiko schliesse sich den Anträgen des Stadtrates an und bitte den Rat, die Rechnung 04 zu genehmigen.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die faire Diskussion mit der Fiko. Sie habe wichtige Inputs gegeben, die der Stadtrat umsetzen wolle.

Orla Oeri-Devereux (SP) äussert, nach all den schwierigen Jahren sei die jetzige Rechnung für die SP-Fraktion erfreulich. Die Rechnung sei ausgeglichen, der Bilanzfehlbetrag abgetragen, die Einwohnerkasse und Abwasserkasse würden positive Abschlüsse verzeichnen. Die Bemühungen der letzten Jahre würden nun Früchte tragen. Die ausserordentlichen Faktoren seien zu relativieren. Wenn Liestal den hohen ungebundenen Finanzausgleich nicht bekommen hätte, hätte dies kein Minus von rund CHF 2 Mio. verursacht. Man hätte dann auch

mehr Steuereinnahmen gehabt. Der Stadtrat hätte die Rechnung mit etwas mehr Begeisterung in die Bevölkerung tragen können. Das hätte motivierend wirken können, um die Sparbestrebungen weiter mitzutragen. Die Rechnung 04 habe auch Schattenseiten: Es gebe noch Schulden von CHF 52 Mio. und keine stabile ausgeglichene Rechnung. Die Reduktion der Schulden sei schwierig. Neben dem Sparen solle die Stadt sich mit den Einnahmen befassen. Es gebe drei Möglichkeiten, um sie zu optimieren: 1. Das Outsourcen von Dienstleistungen. Die SP-Fraktion werde diesbezüglich einen Vorstoss einreichen. 2. Betreffend Steuerguthaben könne die Stadt etwas mehr Druck machen. 3. Gemäss Revisionsbüro sei das interne Kontrollsystem ungenügend. Dieser Punkt sei prioritär zu behandeln. Ausserdem müssten die Mängel in der Buchführung des WAL aufgehoben werden. Die SP-Fraktion anerkenne die Bemühungen des Stadtrates im Bereich Finanzen und danke dafür.

Heinz Lerf (FDP) sagt, auch seine Fraktion sei erfreut über den sehr guten Rechnungsabschluss. Sie danke allen Beteiligten. Man müsse sich aber der ausserordentlichen Faktoren bewusst sein. Die Sparbemühungen müssten auf allen Ebenen fortgesetzt werden. Nur so könne man den finanziellen Handlungsspielraum wiedergewinnen. Die FDP-Fraktion stimme allen Anträgen zu.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) stellt fest, man könne die Rechnung von verschiedenen Blickwinkeln her ansehen. Er nehme das Positive vorweg: Die Rechnung schliesse ausgeglichen ab. Der Bilanzfehlbetrag sei vollständig abgeschrieben worden. Die Schulden habe man vermindern können. Man müsse aber auch die Gründe dafür betrachten: Der ungebundene Finanzausgleich sei höher als erwartet ausgefallen. Liegenschaften und Grundstücke seien verkauft worden. Es habe eine Mehrwertsteuer-Rückvergütung gegeben. Verwaltungsvermögen sei abgeschrieben worden, ohne dass man reinvestiert habe. Die Mehreinnahmen seien also eher zufälliger Natur. Die Minderausgaben bei den Investitionen würden zu einem Vemögensverzehr führen; dadurch entstehe Nachholbedarf. Für eine ausgeglichene Rechnung würden rund CHF 600'000.- fehlen. Für die Arbeit an dieser Vorlage und die kooperative Zusammenarbeit mit der Fiko gebühre dem Stadtrat Dank. Der Motion Fluri sei weiterhin als Leitlinie zu folgen. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion stimme einstimmig allen Anträgen zu.

Astrid Basler (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion schliesse sich den Anträgen ebenfalls an. Es sei eine gute Rechnung. Ihre Fraktion danke dem Stadtrat und der Verwaltung für die gute Arbeit und das tolle Ergebnis. Dank haushälterischer Rechnungsführung sei die Rechnung 04 ausgeglichen. Mitte Jahr könnten weitere CHF 3 Mio. an Schulden zurückgezahlt werden. Die Stadt habe bewiesen, dass man Kosten sparen könne. Weitere Einsparungen in der Verwaltung würden jedoch weniger Dienstleistungen, Druck auf die Angestellten und ein schlechteres Arbeitsklima bedeuten. Es sei richtig, Schulden zurückzuzahlen. Auf der anderen Seite werde dann aber weniger investiert. Hier sei ein Kompromiss zu finden.

Hanspeter Stoll (SP) fügt hinzu, der Stadtrat gehe davon aus, dass die Stadt den ungebundenen Finanzausgleich bis 2009 erhalten werde. Es sei wichtig zu sehen, dass die Annahmen eintreffen würden. Die Sparbemühungen seien schon recht gut umgesetzt worden. Die Schulden würden nicht mehr bei CHF 60 Mio. liegen, sondern bei rund CHF 50 Mio. Den Abbau von Dienstleistungen müsse man genau anschauen. Er danke dem Fiko-Präsidenten für seine Arbeit, die er sehr gut gemacht habe.

://: Die Rechnung der Einwohnerkasse wird einstimmig genehmigt.
://: Die Rechnung der Spezialfinanzierungen wird einstimmig genehmigt.
://: Die Rechnung der Kantonalen Schulanlagen wird einstimmig genehmigt.
://: Die Rechnung des Finanzvermögens wird einstimmig genehmigt.
://: Die Bestandesrechnung wird einstimmig genehmigt.

://: Die Rechnung 2004 der Stadt Liestal wird einstimmig genehmigt.

76 G.2.2.4. Behörden: Gemeinderat

4. Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 2004 des Stadtrates (Nr. 2005/47a)

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) teilt in ihrem Bericht zum Amtsbericht 2004 des Stadtrates zusammengefasst Folgendes mit:

Die Geschäftsprüfungskommission nimmt den Bericht mit Interesse zur Kenntnis. Sie ist beeindruckt von der grossen Arbeit, die gleichzeitig mit grösseren Reorganisationen innerhalb von Stadtrat und Verwaltung bewältigt wurde.
Die Darstellung und der Aufbau des Amtsberichts sind sachlich sinnvoll und erlauben leichte Quervergleiche zwischen den verschiedenen Planungs- und Berichterstattungsinstrumenten. Die starke Strukturierung und die strikte Beschränkung auf die Programmpunkte machen die Berichterstattung manchmal etwas abstrakt und schwer verständlich für Aussenstehende.
Die GPK macht folgende Empfehlungen: Die harmonisierten Planungs- und Berichtsinstrumente sollten auch vom Einwohnerrat besser genutzt werden. Weil die Zielformulierungen die spätere Berichterstattung vorbestimmen, wäre es sinnvoll, wenn die GPK (analog zum Landrat) in Zukunft auch die Jahresprogramme etwas eingehender prüfen würde.
Am grundsätzlichen Ziel, separate Gemeindeabstimmungen zu vermeiden, soll durch möglichst sorgfältige Terminplanung, auch des Einwohnerrats, weiterhin festgehalten werden.

Der Antrag der GPK lautet:

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, vom Amtsbericht 2004 Kenntnis zu nehmen.

GPK-Präsidentin Regula Nebiker erläutert, die GPK habe den Amtsbericht in fünf Sitzungen besprochen. Sie habe einen Fragenkatalog an den Stadtrat ausgearbeitet, den man im Anhang des GPK-Berichts finde. Die Kommission habe einen guten Einblick ins Schaffen des Stadtrates und der Verwaltung erhalten. Umgereimtheiten habe sie keine festgestellt. Das vergangene Jahr sei vor allem wegen der Reduktion des Stadtrates von sieben auf fünf Mitglieder durch innere Reorganisation geprägt gewesen. Man spüre, dass hinter dem Bericht ein motiviertes Team stehe. Dies sei eine gute Voraussetzung, um weitere Veränderungen vorzunehmen. Was das Formale betreffe, so müsse man aufpassen, dass der Inhalt des Amtsberichts nicht zu abstrakt und floskelhaft werde. Die Kommission wolle sich auch mit der Jahres- und der Legislaturplanung befassen. Der Einwohnerrat müsse sagen, wie er diese Berichte gerne hätte, gerade auch, damit sich die Verzahnung der verschiedenen Instrumente besser nutzen lasse. Der Antrag im GPK-Bericht enthalte einen Anfängerfehler: Der Amtsbericht werde gemäss VwOR nicht zur Kenntnis genommen, sondern genehmigt. Der Antrag der GPK laute nun, den Amtsbericht zu genehmigen.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) sagt, seine Fraktion habe vom Bericht der GPK Kenntnis genommen. Die Fraktion danke den beteiligten Personen für das Verfassen des Amtsberichts. Sie wolle dazu anregen, eine andere Nummerierung zu verwenden. Für ein früheres Erscheinen wäre sie dankbar. Die Fraktion beantrage einstimmig, den Amtsbericht zu genehmigen.

Philipp Senn (SP) teilt mit, seine Fraktion habe den Amtsbericht mit Interesse gelesen. Die Form müsse ständig weiterentwickelt werden. Was den Inhalt betreffe, so habe die Fraktion mit Freude zur Kenntnis genommen, dass trotz engem finanziellem Rahmen Projekte laufen würden und dass die Reorganisation ein wichtiger Punkt sei. Der Einwohnerrat hoffe, von

den Anstrengungen und dem Know-how der Verwaltung profitieren zu können. Die SP-Fraktion genehmige den Bericht einstimmig.

Sabine Sutter (FDP) äussert, die FDP-Fraktion schliesse sich den Vorrednern an. Sie sei ebenfalls für die Genehmigung des Berichts.

Erika Eichenberger (GL) gibt bekannt, die Grüne Fraktion habe den Bericht eingehend besprochen und stelle sich geschlossen hinter den Bericht der GPK. Ihre Fraktion begrüsse es, dass der Rat den Bericht vor den Sommerferien behandle. Die Reduktion des Stadtrates habe auch zu einem Umbau in der Verwaltung geführt. Der geleisteten Arbeit gebühre grosser Respekt und Dank. Sie persönlich vermisse noch immer ein klares Engagement der Stadt im Bereich der offenen Jugendarbeit. Vieles sei aber in Liestal in Bewegung, und das bringe der Amtsbericht auch zum Ausdruck.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) legt dar, die GPK habe dem Einwohnerrat vor rund anderthalb Jahren einen Bericht über die Führungsinstrumente der Stadt Liestal vorgelegt. Man habe darin festgestellt, dass in der Verwaltung eher zu viele Instrumente verwendet würden und dass es an Koordination und Überprüfung mangle. Der Stadtrat teile im Amtsbericht mit, dass man mit den Arbeiten im Verzug sei. Sie gehe einig mit dem Stadtrat, dass der Prozess unbedingt fortzuführen sei. Wichtig scheine ihr nun, dass möglichst rasch interne Kontrollsysteme wie Stellenbeschriebe und Pflichtenhefte erstellt bzw. verfeinert sowie die Schnittstellen zwischen den einzelnen Arbeitsbereichen erfasst würden. Dass das Kontrollsystem Mängel aufweise, zeige sich beispielsweise im Abwasserbereich. Sie würde gerne wissen, ob die Pflichtenhefte in diesem Bereich nun vorhanden seien und ob sie ausführlich genug seien, damit solche Fehler, wie sie in Bezug auf die Rückforderung der Mehrwertsteuer passiert seien, nicht mehr geschehen könnten.

Stadtrat Lukas Ott führt aus, es sei die Rede davon gewesen, dass es bei den Behörden und der Verwaltung eine umfangreiche Reorganisation im vergangenen Jahr gegeben habe. Dadurch sei es zu Verzögerungen gekommen. Die Ausbildung eines internen Qualitätssystems stehe im Jahr 2005 ganz vorne auf der Traktandenliste. Stellenbeschriebe seien seines Wissens überall vorhanden. Solche Pannen, wie sie aufgetreten seien, sollten künftig vermieden werden können.

Bernhard Fröhlich (FDP) fügt hinzu, einmal mehr habe man es mit Begriffsverständnisproblemen zu tun. Es gehe hier um Ablaufprozesse. Arbeitsabläufe und Schnittstellen seien das Thema. Mit Stellenbeschrieben alleine vermeide man gar nichts.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) hält fest, Rechenschaftsberichte müssten genehmigt erden. Eine Kenntnisnahme sei in diesem Fall nicht möglich.

://: Der Antrag der Geschäftsprüfungskommission, den Amtsbericht 2004 zu genehmigen, wird einstimmig angenommen.

77 F.2.6.1. Geräte, Lokale, Ausrüstung und Fahrzeuge: Fahrzeuge, Motorspritzen

5. Bericht des Stadtrates betreffend Hubrettungsfahrzeug für Stützpunktfeuerwehr Liestal (Nr. 2005/39-1)

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammenfassend Folgendes mit:

Der Ersatz für das im Jahre 1985 in Dienst gestellte Hubrettungsfahrzeug ist gemäss Beschaffungsplan für das Jahr 2005 vorgesehen (Bestellungsjahr). Die Lieferfristen betragen für derartige Spezialfahrzeuge ca. 1 Jahr, weshalb die Auslieferung plangemäss im Jahr 2006 erfolgen kann. Die Fahrzeugbeschaffung ist im Investitions- und Finanzplan der Stadt Liestal enthalten. Der Einwohnerrat entschied im Rahmen der Beratung des Budgets, die Ersatzbeschaffung des Hubrettungsfahrzeugs nicht als gebundene Ausgabe zu beurteilen, weshalb sie mit der vorliegenden Sondervorlage zu beschliessen ist.
Ausgeschrieben wurde aufgrund einer gründlichen Bedarfserhebung und einer Analyse der Vor- und Nachteile ein Feuerwehr-Hubrettungsfahrzeug des Typs Autodrehleiter DIN DLK 23-12 = 30 m. Zufolge der eingegangenen Offerten ist mit Beschaffungskosten von CHF 898'759.00 zu rechnen. Die Zahlungen können ohne Aufnahme oder Erhöhung eines Fremdkredites getätigt werden, weshalb ein Leasing auf jeden Fall die teurere Variante wäre.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat stimmt der Beschaffung eines neuen Hubrettungsfahrzeuges für die Stützpunkt-Feuerwehr Liestal zu und bewilligt den dafür notwendigen Bruttokredit von CHF 898'759.-.
2. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung an die Fahrzeugbeschaffung einen Beitrag in der Höhe von CHF 509'255.- (60% des beitragsberechtigten Preises) und die Solothurnische Gebäudeversicherung einen Beitrag von CHF 29’707.- (35% des Stützpunktanteils von CHF 89'875.90) in Aussicht gestellt haben.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, die überarbeitete Vorlage sollte nun verständlich und lesbar sein. In Anbetracht des gesetzten Zeitrahmens wolle sie nicht näher darauf eingehen.

Regula Nebiker (SP) stellt fest, es seien Fragen der Sicherheit tangiert. Die Sicherheit lasse man sich auch etwas kosten. Trotzdem müsse man das Thema Sparen auch hier bedenken. Deswegen sei die SP-Fraktion für die Überweisung der Vorlage an die BPK und stelle einen entsprechenden Antrag.

Adrian Mächler (FDP) meint, die Fahrzeugbeschaffung sei aus den gebundenen Ausgaben herausgenommen worden, weil der Einwohnerrat Genaueres habe wissen wollen. Die BPK verstehe von diesem Geschäft nichts. Die Gebäudeversicherung habe bereits ihre Zustimmung gegeben. Er frage sich, wozu man nochmals eine Runde machen wolle. Der Vorschlag sei in diesem Fall nicht adäquat.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) sagt, seine Fraktion sei auch für Direktberatung des Geschäfts. Eine Ehrenrunde über die BPK mache keinen Sinn. Die Vorlage sei ausgewogen. Man müsse froh sein, dass sich noch immer Einwohner für den Feuerwehrdienst zur Verfügung stellen würden und solle ihnen gute Instrumente zur Verfügung stellen. Eine Verzögerung sei unnötig.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion schliesse sich dem Antrag der SP an und unterstütze die genauere Prüfung des Geschäfts. Das bedeute nicht, dass sie den Einsatz der Feuerwehrleute nicht schätze. Das Geschäft habe aber doch einen gewissen Umfang.

Philipp Senn (SP) fügt hinzu, ein Detail auf der zweitletzten Seite habe die SP-Fraktion stutzig gemacht: Beim BGV-Beitrag sehe sie ein Problem aufgrund von zwei unterschiedlichen Zahlen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwidert, die Vorlage sei mit der Gebäudeversicherung besprochen worden; es sei alles bereinigt worden.

://: Der Antrag auf Überweisung der Vorlage an die BPK wird mit 21 Nein- gegen 11 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Bernhard Fröhlich (FDP) meint, die Frage nach den zwei Zahlen sei berechtigt. Der Betrag von rund CHF 490’000.- sei der richtige. Die BGV zahle 60 Prozent an die Nettokosten, nicht an die Bruttokosten.

Peter Schäfer (FDP) unterstreicht, es gehe um einen Kredit für ein technisches Gerät, das im Extremfall über Leben und Tod entscheide. Das heutige Gerät sei 21 Jahre alt und reparaturanfällig. Die FDP-Fraktion genehmige die Anträge einstimmig.

Jürg Holinger (GL) erläutert, natürlich sei seine Fraktion auch für ein neues Fahrzeug. Sie habe aber eine Frage, nämlich, wieso man die Beschaffung des Fahrzeugs ausgeschrieben habe, bevor die Vorlage vor dem Einwohnerrat gewesen sei.

Bernhard Fröhlich (FDP) antwortet, damit die Stadt Subventionen bekomme, brauche es das ganze Prozedere. Erst wenn die Feuerwehr die Vorabklärungen gemacht habe, könne der politische Prozess laufen. Ohne Offerte wisse man gar nicht, worüber man spreche.

Regula Nebiker (SP) hält fest, grundsätzlich sei es ein sinnvoller Antrag. Die Sache sei seriös evaluiert worden.

://: 1. Der Einwohnerrat bewilligt den Bruttokredit von CHF 898'759.- für die Beschaffung eines neuen Hubrettungsfahrzeuges grossmehrheitlich bei einer Stimmenthaltung.

Bernhard Fröhlich (FDP) bemerkt, richtigerweise sei auf den BGV-Beitrag von rund CHF 491'000.- hingewiesen worden. Der entsprechende Antrag sei zu korrigieren. Das sei das eine. Das andere sei als Empfehlung zu verstehen: Man dürfe nicht vergessen, von den Bruttokosten die CHF 50’000.- abzuziehen, die man für die Rückgabe der Autodrehleiter bekomme. Der Kredit, den die Stadt brauche, betrage eigentlich nur CHF 848’759.- Von der Solothurnischen Gebäudeversicherung erhalte man ausserdem noch rund CHF 30'000.-.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) liest den korrigierten Antrag Nr. 2 vor: *Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung an die Fahrzeugbeschaffung einen Beitrag in der Höhe von ca. CHF 490’381.- (60% des beitragsberechtigten Preises) und die Solothurnische Gebäudeversicherung einen Beitrag von CHF 29’707.- (35% des Stützpunktanteils von CHF 89'875.90) in Aussicht gestellt haben.*

://: 2. Der Einwohnerrat nimmt von den in Aussicht gestellten Beiträgen der Gebäudeversicherungen grossmehrheitlich, bei drei Enthaltungen, Kenntnis.

78 F.2.5.2. Finanzielles: Sold, Entschädigungen

6. Bericht des Stadtrates betreffend Stützpunktfeuerwehr Liestal – Gebühren- und Besoldungsreglement: Teilrevision (Nr. 2005/40-1)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung ist daran, den pro Einsatzart der Feuerwehr notwendigen Durchschnittsaufwand zu erheben. Per Anfang 2006 sollen die Gemeinden Empfehlungen zur Gestaltung der Beitragshöhe an Feuerwehreinsätze erhalten. Aufgrund dieser Ausgangslage hat der Stadtrat entschieden, derzeit von einer Teilrevision des Gebühren- und Besoldungsreglementes im ursprünglich vorgesehenen Ausmass abzusehen (vgl. ursprüngliche ER-Vorlage im Anhang).
§ 11 Absatz 2 des Gebühren- und Besoldungsreglementes ist dennoch zu revidieren, da ansonsten ein Zustand der Rechtsunsicherheit fortbesteht: Der ordentliche Pikettdienst der Feuerwehr dauert seit Jahren faktisch länger als 36 Stunden (Freitagabend bis Sonntagabend). Der Zeitraum für die zu leistende Pikettdienstleistung wird nun auf 60 Stunden (bei gleich bleibender Entschädigung) angepasst. In der Praxis wird diese neue Regelung in Abweichung der reglementarischen Bestimmung durch den Kommandanten im Einverständnis mit der Feuerwehrkommission seit ca. 2 Jahren angewandt. Die Lösung hat sich bewährt und soll so nun in das Reglement übernommen werden, um Recht und Praxis in Einklang zu bringen.
Einzige Änderung ist somit die reglementarische Heraufsetzung des Pikettdienstumfanges von 36 auf die praxisgemässen 60 Stunden zu einem gleich bleibenden Pikettdienstansatz von CHF 150.-. Länger dauernde Pikettdienste werden wie bis anhin pro begonnene Periode von 24 Stunden mit CHF 100.- entschädigt.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat stimmt der Revision von § 11 Absatz 2 des Gebühren- und Besoldungsreglementes der Stützpunktfeuerwehr der Stadt Liestal vom 24.11.1999 zu.

2. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Absicht der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV), den pro Einsatzart der Feuerwehren notwendigen Durchschnittsaufwand zu erheben. Ebenfalls nimmt er Kenntnis davon, dass per Anfang 2006 die Gemeinden von der BGV Empfehlungen zur Gestaltung der Beitragspflicht und -höhe an Feuerwehreinsätze erhalten sollen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin legt dar, dass sich aufgrund der Auskunft der BGV, die ein einheitliches Reglement in Aussicht stelle, die Vorlage auf das Thema Pikettdienst reduziere. Die zu genehmigende Regelung werde bereits seit zwei Jahren so gehandhabt. Sie bitte um Zustimmung zu dem Geschäft.

Philipp Senn (SP) sagt, seine Fraktion gehe mit dem Stadtrat einig, dass es Sinn mache, nur diesen Paragraphen zu revidieren. In der Praxis werde der Pikettdienst schon seit einiger Zeit so gehandhabt. Seine Fraktion sei aber nicht einverstanden damit, dass während zwei Jahren eine Rechtsunsicherheit bestanden habe. Sie stimme dem Antrag zu, weise aber darauf hin, dass dies bis anhin keine saubere Lösung gewesen sei.

Peter Schäfer (FDP) äussert, auch die FDP werde den Anträgen zustimmen.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, auch seine Fraktion stimme dieser Änderung zu und warte mit Interesse auf die neue Gebührenregelung.

://: 1. Die Revision von § 11 Absatz 2 des Gebühren- und Besoldungsreglementes der Stützpunktfeuerwehr der Stadt Liestal wird einstimmig genehmigt.

://: 2. Von der Absicht der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung, den pro Einsatzart der Feuerwehren notwendigen Durchschnittsaufwand zu erheben und den Gemeinden entsprechende Empfehlungen zu geben, wird einstimmig Kenntnis genommen.

79 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Orla Oeri-Devereux betreffend Migranten- und Migrantinnenparlament (Nr. 2004/7a)

Der Stadtrat informiert in seinem Zwischenbericht zusammengefasst folgendermassen:

Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 22. September 2004 das Postulat von Orla Oeri-Devereux mit grossem Mehr überwiesen, nachdem zuvor schon der Stadtrat dessen Übernahme befürwortet hat. Der Stadtrat ist der Meinung, dass ein Migrant/innen-Parlament oder ein entsprechendes Forum eine nachhaltige Einrichtung darstellen und von entsprechender Wirkung sein sollte. Dies schliesst es nach Auffassung des Stadtrates aus, eine solche Institution als zeitlich limitiertes bzw. einmaliges Event zu organisieren. Dabei wäre für den Stadtrat grundsätzlich denkbar, dass in dieser Institution erörterte Vorschläge direkt in den politischen (parlamentarischen) Prozess eingespiesen werden könnten.
Damit die Angehörigen einer solchen Institution auch das nötige Rüstzeug und Verständnis für die kommunalen politischen Prozesse und Kenntnisse über den Stand der aktuellen Diskussionen im Gemeinwesen erwerben könnten, würde es sich sodann als zweckmässig erweisen, sogenannte Patenschaften einzurichten. Dies mit dem Ziel, den Angehörigen des Migrant/innen-Parlaments oder –Forums Beratung in jeder Hinsicht, insbesondere aber in politischen Fragen zu bieten. In allererster Linie kämen für solche Patenschaften Einwohnerräte/innen aller politischen Richtungen in Frage, da einerseits das Gelingen der Integration das Anliegen aller sein muss und anderseits auch die Ausländer/innen unabhängig von ihrer Herkunft ebenfalls in einem breiten Parteienspektrum anzutreffen sind.
Für die Weiterbearbeitung einer solchen Idee wäre der Einwohnerrat über sein Büro in diese Überlegungen einzubeziehen. Denkbar wäre es beispielsweise, dass der amtierende Einwohnerratspräsident im Sinne einer Konstituierung und Legitimierung dieser Einrichtung die Eröffnung des Migrant/innen-Parlaments oder –Forums vornehmen würde. Die Integrationskommission unterstützt diese Überlegungen und hat auch bereits erfolgreich nach geeigneten Personen für die Mitwirkung in einem Migrant/innen-Parlament oder -Forum Ausschau gehalten. Durch ein Inserat der Integrationskommission im kommunalen Mitteilungsblatt wurde die Bevölkerung ebenfalls auf diese Institution aufmerksam gemacht.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat nimmt vom Zwischenbericht zum Postulat zustimmend Kenntnis.

Orla Oeri-Devereux (SP) teilt mit, die SP-Fraktion freue sich sehr über den ausgezeichneten Zwischenbericht. Der Stadtrat habe sich sehr darum bemüht, das Anliegen umzusetzen. Viele Anregungen aus der Überweisungsdebatte habe er aufgenommen. Ein nachhaltiges Migrantenparlament mache Sinn. Die Vorschläge eines solchen Parlaments könnten sehr sinnvoll sein, wenn sie in den politischen Prozess einfliessen würden. Patenschaften wären eine gute Art der Unterstützung. Sie könnten das gegenseitige Verständnis fördern. Der Einbezug der Integrationskommission in diese Sache erscheine der SP-Fraktion sehr wichtig. Es gebe kaum ein weiteres Land auf der Welt, das so urdemokratisch mit einem erweiterten Mitbestimmungsrecht funktioniere wie die Schweiz, wozu man Sorge tragen müsse. Das heisse manchmal auch danach fragen, wie dieses politische System umzusetzen sei. Man müsse sich fragen, wie demokratisch man lebe, wenn 25 Prozent der Bevölkerung von der politischen Partizipation ausgeschlossen seien. Hier einen Schritt zu machen, wäre wichtig für Liestal. Die SP-Fraktion nehme vom Bericht gerne Kenntnis.

Adrian Mächler (FDP) erinnert an die Einwohnerratssitzung vom 22. September 2004. Damals habe es geheissen, die Migranten und Migrantinnen sollten Gelegenheit haben, sich auszudrücken. Der Zwischenbericht sei kompliziert geschrieben, weil die Materie kompliziert sei. Das Fazit sei, dass die Bedürfnisse geklärt werden müssten. Dies sei nicht einfach. Ein stufenweises Vorgehen erachte er als vernünftig. Man solle niederschwellig starten, zum Beispiel mit einer Arbeitsgruppe, die allmählich ausgeweitet werde, bis man ein Netzwerk habe; etwas, in dem sich auch die ausländische Bevölkerungsgruppe vertreten fühle. Die Integrationskommission solle unbedingt etwas beitragen. Die FDP-Fraktion sei der Meinung, der Zwischenbericht sei zu wenig aussagekräftig. Nur einige wollten davon Kenntnis nehmen.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) sagt, ihre Fraktion danke dem Stadtrat für den Zwischenbericht. Er sage zwar nicht viel mehr aus, als man schon in der Zeitung habe lesen können und was in einer Fragestunde gesagt worden sei. Ihre Fraktion habe Konkreteres über die Planung erwartet, im Speziellen über die Kosten. Die Kosten für eine solche Institution müssten nicht von der Stadt getragen werden, da es kein notwendiges Anliegen sei. Private und die Betroffenen, die Interesse daran hätten, sollten die Kosten für ein Migrantenparlament tragen. Eine Mehrheit ihrer Fraktion nehme nicht zustimmend Kenntnis vom Bericht.

Erika Eichenberger (GL) legt dar, ihre Fraktion habe einige Punkte herausgearbeitet, von denen aus man weitergehen könne. Ein solches Forum brauche einen festen Platz in der Gemeinde. Die Ideen dieses Forums sollte der Einwohnerrat aufnehmen. Auch junge Migranten und Migrantinnen sollten hier eingebunden werden. Dieses Viertel der Bevölkerung, um das es gehe, seien auch wichtige Steuerzahler, die man nicht links liegen lassen solle. Die Idee der Patenschaften sei sinnvoll. Die Umsetzung müsse mit grosser Sorgfalt geplant werden. Ihre Fraktion plädiere für ein kleines Projekt in der Startphase.

Regula Nebiker (SP) fügt hinzu, der Punkt Steuerzahler sei wichtig. Dieses Thema gehöre nicht in die Kategorie „nice to have“. Es gehe hier um komplexe Probleme. Das Projekt sei prozesshaft anzugehen. Wichtig sei, dass man das Thema nachhaltig verfolge. Es gehe um eine öffentliche Aufgabe. Dieser Diskussion müsse man sich ernsthaft stellen. Es müsse nicht von Anfang an viel kosten.

Bernhard Fröhlich (FDP) fragt, was die Prioritäten in den nächsten Jahren im Rat seien. Darüber müsse man hier einmal diskutieren. Das Thema Migration liesse sich nicht mit dem Thema Feuerwehrfahrzeug vergleichen. Es sei schwer zu sagen, was wichtiger sei. Jemand könne es so empfinden, dass das Thema Migration nicht prioritär sei. Der Einwohnerrat sollte sich zu Kompromissen durchringen, was ihm in den nächsten vier Jahren wichtig sei.

Hanspeter Stoll (SP) möchte wissen, was es heisse, wenn man nicht zustimmend Kenntnis nehme. Entweder sage man ja zu einer Sache, oder man lehne sie ab.

Adrian Mächler (FDP) erläutert, es sei wichtig, in dieser Angelegenheit etwas zu unternehmen. Wenn einige Ratsmitglieder den Bericht nicht zur Kenntnis nehmen würden, bedeute das einfach, dass sie das Papier ein wenig unpräzise fänden.

Orla Oeri-Devereux (SP) sagt, sie sei ein wenig erstaunt. Sie finde das sehr konkret, was der Stadtrat vorschlage. Sie würde gerne erfahren, was denn die FDP-Fraktion für Vorstellungen habe.

Adrian Mächler (FDP) erwidert, er meine, dass er dies gesagt habe. Zuerst solle man die Bedürfnisse klären und dann niederschwellig starten. Man solle nicht schon von Anfang an etwas Fertiges hinstellen. Drittens müsse die Integrationskommission viel stärker in die Sache eingebunden werden.

Stadtrat Lukas Ott führt aus, die Exekutive danke für die insgesamt positive Aufnahme des Zwischenberichts. Sie habe den Vorstoss sehr gerne entgegengenommen, weil sie einen Integrationsbedarf sehe. Es gebe Reibungen zwischen den Bevölkerungsgruppen. Damit sich hier eine Bereicherung realisieren lasse, brauche es auch Überlegungen vom institutionellen System her. Es gehe um ein gesellschaftliches Bedürfnis. Man müsse den Migranten Chancen bieten, sich zum Wohl von allen einzubringen. Der Stadtrat wolle beim Einwohnerrat den Puls fühlen und nicht einfach etwas auf die Beine stellen. Er wolle verhindern, dass er vom Einwohnerrat zurückgepfiffen werde. Insgesamt sei er heute ermuntert worden, weiterzumachen. Die Kenntnisnahme des Berichts solle dem Stadtrat signalisieren, dass er am Ball bleiben solle. Er visiere jetzt nichts Riesengrosses an, sondern er wolle, dass etwas behutsam und nachhaltig wachsen könne. Viele Migranten kämen aus Gesellschaften, die keine demokratischen Strukturen hätte. Es sei wichtig, ihnen immer wieder zu erklären, wie das Ganze ausgestaltet werden solle. Im Amtlichen Mitteilungsblatt habe der Stadtrat eine Bedürfnisabklärung durchgeführt. Zwölf Migranten hätten den Talon zurückgeschickt. Ausserdem habe der Stadtrat etliche Anfragen erhalten, was man sich unter dieser Sache vorzustellen habe. Die gültige Form müsse mit den Beteiligten erst entwickelt werden. Der eigentliche Träger dieses Forums, auch konzeptionell, sei für den Stadtrat die Integrationskommission. Über die Kosten werde man sich noch Gedanken machen. Man wolle dem Forum auf jeden Fall kein selbstverwaltetes Budget geben. Er fordere den Rat auf, vom Zwischenbericht Kenntnis zu nehmen.

://: Vom Zwischenbericht wird mit 24 Ja- gegen 9 Nein-Stimmen bei vier Enthaltungen Kenntnis genommen.

80 B.1.3.1. Ortsplanung: Allgemeine Akten

8. Bericht des Stadtrates betreffend Waldbaulinienplan „Im langen Hag"; Mutation Spitzacker (Nr. 2005/55)

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Auf Parzelle 437 der Einwohnergemeinde Liestal zwischen der Spitzackerstrasse und der Gitterlistrasse besteht eine Waldfläche. Im Rahmen des Waldfeststellungsverfahrens im Jahre 2001 wurde auf der Nord- und Ostseite dieses Waldstückes eine wesentlich grössere Waldfläche festgestellt. Die rechtsgültige Waldbaulinie aus dem Jahre 1974 liegt dadurch zum Teil im Waldareal. Weitere Parzellen, welche bis zu diesem Zeitpunkt nicht von der Waldfläche betroffen waren, werden aufgrund dieser Situation unüberbaubar.
Die vorgesehene Mutation der Waldbaulinie beim Waldstück auf Parzelle 437 sieht vor, die bestehenden Waldbaulinien unter Einbezug der bestehenden Überbauungen zu ergänzen. Nach positivem Abschluss des kantonalen Vorprüfungsverfahren und der Mitwirkung der Bevölkerung legt die vorliegende Mutation die Bauabstände neu fest.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Die Mutation „Spitzacker" zum Waldbaulinienplan „Im langen Hag" wird genehmigt.

Pascal Porchet (FDP) legt dar, es gehe um eine sinnvolle Ergänzung einer Waldbaulinie an die Gebäudesubstanz. Seine Fraktion sei für Zustimmung zu diesem Geschäft.

Franz Kaufmann (SP) sagt, seine Fraktion sei nicht für eine Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission. Sie werde dem Antrag zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) legt dar, die Problematik der Waldbaulinien sei bekannt. Von Zeit zu Zeit müsse man Anpassungen vornehmen. Seine Fraktion sei für die Direktberatung und stimme dem Geschäft zu.

Hans Brodbeck (FDP) ergänzt, es gebe auch eine andere Meinung in der Fraktion. Er sei mit dem Geschäft nicht zufrieden. Es handle sich wieder um eine Parzelle der Einwohnergemeinde, die jahrelang nicht unterhalten worden und dadurch zu Wald geworden sei. Das ganze Burgquartier sei schon lange überbaut. Wald im erschlossenen Gebiet zu schaffen sei etwas Neues und Unbefriedigendes. Dadurch, dass eine Parzelle zu Wald erklärt werde, seien die Nachbarparzellen und Neu- und Umbauten betroffen. Bei Ausbauvorhaben seien die Abstände zum Wald einzuhalten. Man käme aber auch in einer Kommission mit dieser Vorlage nicht weiter und müsse die Kröte wohl schlucken.

Jürg Holinger (GL) bestätigt, man lege mitten in einer Bauzone eine Waldbaulinie. Bei Ausbauvorhaben seien die Hausbesitzer auf den Nachbarparzellen dadurch eingeschränkt. Die Formulierung von Hans Brodbeck sei richtig: Man müsse die Kröte leider schlucken.

Peter Schäfer (FDP) fügt hinzu, der Verein für Alterswohnungen sei hier involviert. Was vorliege, sei ein Kompromiss. Aus heutiger Sicht könne man mit diesen Plänen leben.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) führt aus, das Ratsbüro sei der Meinung, dass es bei diesem Geschäft zwei Lesungen brauche. Heute finde die erste Lesung statt.

://: Die Mutation „Spitzacker“ zum Waldbaulinienplan „Im langen Hag“ wird in erster Lesung grossmehrheitlich bei einer Enthaltung genehmigt.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) äussert zum Abschluss seiner Tätigkeit im Liestaler Einwohnerrat folgende Gedanken:

„Wieviel hat der Einwohnerrat im jetzt ablaufenden Amtsjahr erreicht? Quantitativ hat er 72 Vorlagen behandelt. Einige davon waren obligatorische Routinegeschäfte, die anderen waren aber Vorlagen, die der Verbessserung unseres Zusammenlebens dienten. Das sind nur Zahlen. In meiner Antrittsrede vor einem Jahr habe ich auch andere Ziele genannt: Von einem attraktiven Wohnort war die Rede, Tempo 30 in Wohnquartieren, leitbildorientiertes Arbeiten in den Schulen und auch vom Schuldenabbau.
Auch unter uns im zwischenmenschlichen Bereich nannte ich Ziele wie gut Zuhören, Achtung und Respekt gegenüber Andersdenkenden. Haben wir diese Ziele erreicht? Die Frage kann nicht exakt beantwortet werden, viele Geschäfte brauchen ihre Zeit, bis sie erledigt sind, andere werden nicht realisiert und wieder andere als abgehakt auf die Seite gelegt.
Warum komme ich auf diese Betrachtungen zurück? Vor einigen Tagen kam ich ins Gespräch mit einem ehemaligen Einwohnerrat. Auf meine Frage, ob er wieder Lust hätte, im Rat mitzumachen, antwortete er mir mit nein. Er hätte festgestellt, dass man im Einwohnerrat zuwenig erreichen könne. Die Frage bleibt offen, was viel oder wenig ist. Persönlich fühlte ich mich betroffen, vielleicht sogar verletzt. Nach so vielen Jahren und Stunden sich sagen lassen zu müssen, man habe wenig erreicht, kann man nicht einfach wegstecken.
Früher haben wir uns über den Durchmesser einer Wasserleitung gestritten oder darüber, welche Farbe die Fenster im Rotackerschulhaus haben sollten. Heute reden wir über ein Altersleitbild, Sozialhilfe, Blockzeiten in den Schulen, Entwicklungsplan, Tempo 30 etc. Ich denke, die Veränderung dieser Themen spricht für sich, für den Stadtrat und für den Einwohnerrat. Wir haben doch etwas erreicht! Und ich denke, der Einwohnerrat sollte in diesem Sinn weitermachen, Veränderungen in unserem Zusammenleben wahrnehmen, sich diesen nicht verschliessen und die nicht ganz unwichtige Kontrolle der Exekutive weiterhin wahrnehmen.
Zum Abschluss meiner Amtszeit als Einwohnerrats-Präsident danke ich unserer Ratssekretärin für ihre nicht ganz leichte Aufgabe im Einwohnerrat. Es braucht sehr viel Energie und auch Engagement, mit einer 40-Prozent-Stelle diese Aufgabe zu erfüllen. Aber auch den weiteren Mitarbeitenden auf der Verwaltung gebührt ein grosser Dank. Es ist für sie, die Mitarbeitenden, nicht immer leicht, den Wünschen des Einwohnerrats nachzukommen. Aber sie haben es mit Bravour geschafft.
Und jetzt? Es ist selten, dass ein Politiker nichts mehr zu sagen weiss. Entweder bin ich kein Politiker oder aber eine Seltenheit. Mit diesen Worten verlasse ich den Saal als Einwohnerrat für immer. Das ist nicht leicht. Es haben sich im Laufe der Zeit Freundschaften gebildet. Die Begegnungen und die Gespräche werden mir fehlen. Aber ein Abschied heisst auch, sich nicht nur abscheiden, sondern sich auch Neuem zuwenden. Und darauf freue ich mich.
Der Stadt Liestal wünsche ich einen Stadtrat, der sich mit Hingabe seinen Aufgaben stellt, einen Einwohnerrat, der den Stadtrat in diesem Sinn unterstützt, und ihnen allen persönliches Wohlergehen.“

Stadtpräsidentin Regula Gysin dankt dem Ratspräsidenten im Namen des Stadtrates für das gute Jahr, für seine Effizienz und die gute Zusammenarbeit.

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Walter Gudenrath

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon